

Der Titel dieser Initiative ist verlockend: Wer ist nicht schon für den Service public? Und manche teilen die Kritik an den Bundesunternehmen (SBB, Post, Swisscom), wenn sie sich über Ticketsysteme, unsaubere Züge, zu hohe Roaming-Gebühren oder geschlossene Poststellen ärgern. Doch die Initiative bietet keine Lösungsansätze für die bemängelten Zustände. Sie setzt ausschliesslich bei finanziellen Aspekten an und verlangt kein Gewinnstreben in der



Prisca Birrer-Heimo,
Nationalrätin
(SP, Luzern)

Ob die Erträge der Bundesunternehmen bei weniger Gewinnstreben ausreichen und in besseren Service, tiefere Preise oder eher in ein neues IT-Projekt oder eine Postagentur investiert werden, bleibt offen.

CONTRA

Grundversorgung, keine Quersubventionierung anderer Verwaltungsbereiche, keine fiskalischen Interessen, keine höheren Löhne als diejenigen der Bundesverwaltung. Nebst unklaren Begriffen – was gehört in die Grundversorgung, wie wird Quersubventionierung ausgelegt? – ist aber das Wichtigste mit der Initiative nicht gewährleistet: dass die Qualität und das Angebot des Service public besser beziehungsweise nicht abgebaut werden.

Der Initiativtext formuliert kein qualitatives Service-public-Ziel, er sagt nichts über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel.

Die Initiative lässt auch ausser Acht, dass nebst Dividendenausüttungen rund 500 Millionen Franken Gewinnsteuern in die Bundeskasse fliessen, die auch dem Service public zugutekommen, beispielsweise beim Regionalverkehr oder bei der Bahninfrastruktur. Ohne diese Erträge müssten die Steuerzahlerinnen oder Kunden mehr bezahlen.

Weder der Ärger über die Chef-löhne, die auch ich zu hoch finde, noch jener über verpasste Anschlüsse oder eine langsame Internetverbindung sind Grund genug, die Nachteile der Initiative in Kauf zu nehmen. Daher lehne ich diese Initiative ab.